

Jede Stimme für Bündnis 90/Die Grünen stärkt konsequenten Klimaschutz in den Kommunen

Die Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Mecklenburg-Vorpommern stellt fest:

- Entsprechend des Pariser Abkommens muss Klimaschutz, also Maßnahmen zur Verhinderung einer massiven Klimaänderung, ein zentrales politisches Handlungsfeld sein, um den Temperaturanstieg auf möglichst 1,5°C zu begrenzen.
- Die Auswirkungen des Klimawandels werden auch in Mecklenburg-Vorpommern immer deutlicher spürbar. Daraus folgen erhebliche Herausforderungen bei Klimaschutz und bei klimabedingten Anpassungsmaßnahmen. Klimawandelfolgeanpassungen sind erforderlich, um eintretenden Auswirkungen gerecht zu werden (Dürreperioden, Trinkwasserreserven und Meeresspiegelanstieg etc.).
- Die durch den Klimawandel entstehenden Kosten liegen deutlich über den Kosten für Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen.
- Ein Teil der Kommunen haben die Bereitschaft erklärt, eine Vorbildfunktion bei Klimaschutz und Klimaanpassung zu übernehmen, und fordern dazu die notwendigen Rahmenbedingungen.
- Die Kommunen sind den Folgen des Klimawandels direkt ausgesetzt. Diese werden durch fehlende politische Regulierung auf übergeordneten Ebenen in ihrer negativen Wirkung verstärkt.

Die Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Mecklenburg-Vorpommern beschließt:

- Bündnisgrüne in den Kommunalparlamenten werden dafür arbeiten, Klimaschutz und Klimaanpassung als kommunale Pflichtaufgaben festzusetzen. Das schließt eine notwendige finanziellen Befähigung dafür durch Land und Bund ein.
- Auf kommunaler Ebene werden wir uns für einen konsequenten Ausbau der Erneuerbaren Energien einsetzen.
- Divestment sehen wir als integralen Bestandteil, den Ausbau fossiler Energieinfrastruktur zu unterbinden.
- Bündnisgrüne werden auf allen Ebenen dafür kämpfen eine Verkehrswende einzuleiten und teilweise fortzusetzen, die flächengerecht auf den Ausbau von Rad- und Fußverkehr und ÖPNV setzt.

Bündnisgrüne sehen Klimaschutz und -anpassung als Querschnittsaufgabe, die den Ausbau der kommunalen Infrastruktur, den verstärkten Schutz der Naturräume und der Biodiversität, Vermei-

derung fortschreitender Flächenversiegelung, resiliente Stadtplanung, sowie eine Weiterentwicklung und Ausrüstung des Katastrophenschutzes und der Feuerwehren beinhaltet.